



**Schriftführerin:**

Karin Klingner, Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
  
- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.06.2020**
  
- 3 Zahlung von Ausfallhonoraren  
**Vorlage: 20/SVV/0590**  
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport, FB Kultur und Museum
  
- 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
  - 4.1 Strukturen städtischer Gesellschaften im Bereich Wirtschaft  
**Vorlage: 20/SVV/0437**  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD  
**zur Erledigung**  
**Ea DIE LINKE**
  
  - 4.2 Co-Leadship für Führungsstellen in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam  
**Vorlage: 20/SVV/0439**  
Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen  
**zur Erledigung**
  
  - 4.3 Vorschläge zur Besetzung des ehrenamtlichen Richteramts am Sozialgericht Potsdam und am Landessozialgericht Berlin-Brandenburg  
**Vorlage: 20/SVV/0492**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement
  
  - 4.4 Stadt der Kinder 29.06.20 bis 09.07.20 abgesagt  
**Vorlage: 20/SVV/0510**  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE  
**zur Erledigung**
  
  - 4.5 Ausschusszuständigkeitsordnung  
**Vorlage: 20/SVV/0514**  
Fraktionen

## **5 Mitteilungen der Verwaltung**

- 5.1** Plakatierung im Vorfeld von Wahlen begrenzen  
**Vorlage: 20/SVV/0562**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.2** 2. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz  
**Vorlage: 20/SVV/0620**  
Oberbürgermeister, Planungsbüro
- 5.3** Status UNESCO Creative City of Film  
**Vorlage: 20/SVV/0621**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation
- 5.4** Evaluation des Konzeptes "Stadtteilkonferenzen / Stadtteilwanderungen und Bürgersprechstunden"  
**Vorlage: 20/SVV/0622**  
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

## **6 Sonstiges**

### **Niederschrift:**

#### **Öffentlicher Teil**

##### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die letzte Sitzung vor der Sommerpause.

##### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.06.2020**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 17 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden öffentlichen Tagesordnung bittet er diese um folgende Themen zu erweitern:

- Absichtserklärung mit der SPSG -> Erweiterung der Strandbadfläche Babelsberg. Dieses Thema bittet er vorzuziehen, da Herr Prof. Voigtherr, SPSG, noch einen Anstusstermin wahrnehmen muss;
- Übergabe Petition von ver.di -> TVÖD KEvB, dieses Thema bitte ebenfalls vorziehen und vor dem TOP 3 behandeln;

- weiterhin als Gäste angemeldet sind Herr Klapproth (VKA) zum Thema Umgang mit Corona-Helfer-Sachprämie
- und Herr Braune, Leiter Landesmarketing, zum Sachstand Tag der Deutschen Einheit 2020;
- der von der Fraktion DIE LINKE erbetene **Sachstand zum Karstadt und wie weiter in der Innenstadt** soll im **TOP 6 – Sonstiges** aufgerufen werden;
- ebenfalls im TOP 6 wird Herr Rubelt über die geplante Änderung der Organisationsstruktur im GB 4 berichten;
- weiterhin möchte der Oberbürgermeister unter Sonstiges zum Sachstand Garnisonkirche informieren.

Die Nachfrage für weitere Ergänzungen wird verneint und ob der **TOP 4.2 zurückgestellt** werden soll, wie im Vorfeld der Sitzung angekündigt, wird bejaht.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 22. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 10.06.2020 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

## 5 Mitteilungen der Verwaltung

### neu **Absichtserklärung mit der SPSG -> Erweiterung der Strandbadfläche Babelsberg**

Herr Prof. Voigtherr, Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, führt aus, dass die Stiftung über die Einigung erfreut sei und diese zur Entkrampfung und Verbesserung des Verhältnisses zwischen Stiftung und Landeshauptstadt Potsdam beitrage.

Die Erweiterung der Fläche wurde in Abstimmung mit den eigenen Gärtnern sowie dem Landesdenkmalamt geklärt. Im Ergebnis erhalte die Stadt eine Fläche dazu und die Stiftung schlage einen separaten Flächentausch mit einer ortsnahen Fläche vor.

Der Oberbürgermeister bestätigt die sehr gute Gesprächsatmosphäre zwischen der Stiftung und der Landeshauptstadt Potsdam. Dabei wurde u.a. das Thema Flächentausch andiskutiert und auch die Scholle 34 als mögliches zukünftiges Thema angesprochen. Hierzu gab es von beiden Seiten das Signal der Gesprächsbereitschaft.

Im Weiteren erörtert Herr Kümmel, komm. Leiter Planungsbüro des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, anhand einer Powerpoint-Präsentation (der Niederschrift als Anlage beigefügt) konkret die Umsetzung des Auftrages der Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss vom 03.06.2020, zusätzlich zur Verwaltungsvereinbarung (...) eine Vergrößerung des Liegebereichs zu verhandeln. Anhand der Folie 8 – Tauschflächendifferenz klärt er Herr Pfrogner's Verständnisfrage zur Fläche. Herr Friederich begrüße das Ergebnis und bedankt sich bei den Beteiligten für die Finalisierung. Herr Dr.

Scharfenberg drückt seine Freude über die heutige Teilnahme des Generaldirektors der SPSG am Hauptausschuss aus und die Möglichkeit der direkten Verständigung. Auf seine Nachfrage zur Flächengröße, die die Stadt zusätzlich erhält und somit den Erhalt der Qualität des Strandbades sichere sowie eine perspektivische Verbesserung bedeute, antwortet Herr Prof. Voigtherr, dass diese ungefähr 250 m<sup>2</sup> betrage. Frau Hüneke (im Wechsel mit Herrn Dr. Zöller) betont, dass es außerordentlich entgegenkommend von der SPSG für die zusätzliche Fläche sei. Umso wichtiger sei die Vereinbarung, dort keine Strandkörbe etc. aufzustellen und Sichtbeziehungen im Park nicht zu stören.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Sichtbeziehungen Grundlage der Gespräche waren und dass den Beteiligten klar war, dass eine Variante mit „Buden“, Schirmen, Spielgeräte etc. nicht realisierbar ist, sondern sensibel mit der Einfriedung des Geländes umzugehen sei.

Herr Keller erklärt namens seiner Fraktion, dass er sich ebenfalls über die dazugewonnene Fläche freue sowie über die Gesprächsbereitschaft zum Flächentausch bei anderen Flächen in Potsdam und auch zur Scholle. Er wünsche dafür viel Erfolg und eine Berichterstattung im nächsten Hauptausschuss. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass nicht gleich in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses berichtet werden könne und bittet Herrn Kümmel, auch die weiteren Gespräche zu führen. Frau Becker begrüßt namens ihrer Fraktion die Erweiterung der Fläche um 10 Meter und wünscht ebenfalls gutes Gelingen.

Abschließend bedankt sich der Oberbürgermeister bei dem Generaldirektor SPSG, Herrn Prof. Voigtherr und die ihn begleitenden Kollegen.

## **neu Übergabe Petition von ver.di -> TVöD KEvB**

Ein Vertreter der Tarifpetition der Gewerkschaft Verdi erklärt, dass sie Anfang Juni die Petition gestartet haben. Die Beschäftigten des Klinikums Ernst von Bergmann (KevB) machen mit 1.024 Unterschriften ihre Forderung nach der Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 06.05.2020 zur Rückkehr in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes deutlich.

Auf Bitte des Oberbürgermeisters äußert sich Herr Schmidt, Geschäftsführer KevB, zum Sachstand. Herr Schmidt bedankt sich bei den Beschäftigten des KevB für ihr Engagement und erläutert kurz die rechtlichen Gründe. Herr Klapproth vom Kommunalen Arbeitgeber Verband (KAV) bestätigt, dass der Antrag auf Vollmitgliedschaft rückwirkend zum 01.06.2020 beim KAV eingegangen sei und führt zum Tarifrecht aus. Auf Nachfrage von Frau Armbruster, was das genau für die Kollegen bedeute, antwortet er, dass für diejenigen die Verdi-Mitglied sind, es automatisch die Erhöhung gebe und für die anderen Beschäftigten individuell über den Arbeitsvertrag geregelt werden müsse. Nach einer kurzen Diskussion erklärt Herr Klapproth, das auf die differenzierte Situation hingewiesen wurde. Der Wille der Politik ist klar und danach gelte die Rückkehr zum Tarifvertrag für alle Mitarbeiter und sie werden vereinbaren, dass die Anwendung des Tarifvertrages somit für alle Mitarbeiter erfolgen werde.

**zu 3 Zahlung von Ausfallhonoraren**

**Vorlage: 20/SVV/0590**

Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur, Jugend und Sport, FB Kultur und Museum

Zu dieser Vorlage gibt es keinen Diskussionsbedarf, so dass sie zur Abstimmung gestellt wird:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Die Zahlung von Corona-bedingten „Ausfallhonoraren“ an Selbständige entsprechend der im Folgenden definierten Bedingungen bis zur maximalen Höhe von insgesamt 405.000 EUR.**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen.

**zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 4.1 Strukturen städtischer Gesellschaften im Bereich Wirtschaft**

**Vorlage: 20/SVV/0437**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

**zur Erledigung**

**Ea DIE LINKE**

Frau Armbruster bringt den Antrag ein. Herr Friederich spricht sich namens seiner Fraktion für das Anliegen aus.

Herr Frerichs, Bereichsleiter Wirtschaftsförderung, stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation (der Niederschrift als Anlage beigefügt) die jetzige Struktur städtischer Gesellschaften im Bereich Wirtschaft dar, nennt die wesentlichen Handlungsfelder der Wirtschaftsförderung und weist auf die Fördermittel Land/Bund/EU bezüglich Standortmanagement Golm GmbH und der Media Tech Hub Potsdam Management GmbH hin. Vom Team Beratung und Gründung erörtert Frau Gericke, dass sie gemäß dem Leitbild und der Ziele der Landeshauptstadt Potsdam sowie dem Standortentwicklungskonzept ihre Arbeit auf vier Säulen „heruntergebrochen“ haben, und zwar die Orientierung, Information und Beratung vornehmen, eigene Förderprogramme anbieten, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit betreiben sowie über Netzwerke und Kooperationen verfügen. Abschließend nennt sie die vielfältigen Partner.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass sowohl Herr Friederich als auch Frau Armbruster wissen, dass dieses Thema ein Wahlthema war. Anhand der Synergieeffekte müsse ein Potsdamer Weg gefunden werden. Er sei bereit, den Auftrag anzunehmen.

Er sehe nach dem Vortrag der Wirtschaftsförderung nicht die Erforderlichkeit, so Herr Pfrogner. Er frage sich, welche Konsequenzen der Beschluss habe. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Abarbeitungsform noch nicht genannt werden könne.

Frau Dr. Günther (im Wechsel für Herrn Wollenberg) bringt den

**Ergänzungsantrag** der Fraktion DIE LINKE vom 04.06.2020 mit folgendem Wortlaut ein:

*Der Beschlusstext wird um folgende Punkte ergänzt:*

*Dabei soll geklärt werden, ob die derzeitige Struktur in Verantwortlichkeit und Funktionalität für die Stadt und die Unternehmen, **differenziert für Unternehmerinnen und Unternehmer**, effizient gestaltet ist, ob Koordinierungs- und Schnittstellenprobleme bestehen und wie die Zusammenarbeit künftig effizienter für die Stadt organisiert werden könnte.*

**Die Neubesetzung der Geschäftsführung der TGZP GmbH ist mind. bis zum Vorliegen der Ergebnisse dieses Prüfauftrages und der daraus ggf. resultierenden Entscheidungen auszusetzen. Ab 01.01.2021 ist eine Interims-Besetzung für die Geschäftsführung der TGZP vorzusehen.**

Frau Reimers spricht sich namens ihrer Fraktion für das Anliegen aus, denn eine regelmäßige Überprüfung, ob die Struktur noch passend und effizient ist, sei notwendig auch im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit für diese Region.

Die Präsentation sei sehr hilfreich, so Frau Armbruster und im Übrigen übernimmt sie die o.g. Ergänzung namens der antragstellenden Fraktionen.

Auch Frau Becker betont, dass ihre Fraktion den Antrag ebenfalls begrüße und schlägt vor, sich auch wissenschaftliche Einrichtungen, wie zum Beispiel das Hasso Plattner Institut (HPI) als „Leuchttürme“ zu suchen. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass das HPI und andere wissenschaftliche Einrichtungen bereits Partner der Wirtschaftsförderung seien. Da mehrfach die Neubesetzung der Geschäftsführung der Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH (TGZP) betont wurde, möchte er darauf hinweisen, dass die Stelle von Herrn Schramm neu ausgeschrieben werden muss, da dieser in den Ruhestand geht. Bei dieser Gelegenheit bedankt sich der Oberbürgermeister bei Herrn Schramm, der heute als Gast am Hauptausschuss teilnimmt, für die geleistete Arbeit.

Herr Friederich begrüßt die erklärte Annahme des Auftrages durch den Oberbürgermeister. Den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE könne er so nicht mittragen, denn die Aussetzung der Neubesetzung der Geschäftsführerstelle halte er für kontraproduktiv und bittet darum, den Prozess nicht anzuhalten. Herr Pfogner stimme namens seiner Fraktion dem Grundanliegen des Ergänzungsantrages zu, jedoch sei ihm der Anlass des Ausgangsantrages zu „nebulös“.

Der Oberbürgermeister betont, dass sie die Stellenbesetzung als Gesellschafter vornehmen werden müssen. Das könne weder der Hauptausschuss noch die Stadtverordnetenversammlung aushebeln. Die Intention der Antragsteller sei doch, wenn eine Veränderung ansteht, dann die Struktur ggf. umzustellen. Ihm sei wichtig, nicht zwingend allein einen Wirtschaftsförderer zu suchen, sondern einen Geschäftsführer der Gesellschaft, der auch die kaufmännischen Aufgaben erfüllt.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, zur Klarstellung, antwortet Frau Armbruster, dass sie diese Ergänzung namens der antragstellenden Fraktionen übernimmt. Anschließend wird der Antrag in der ergänzten Fassung zur Abstimmung gestellt:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die institutionell-organisatorischen Strukturen derjenigen städtischen Tochter-Gesellschaften und Behörden zu überprüfen, mit denen sie die wirtschaftliche Entwicklung Potsdams im Bereich der wissenschafts-, technologie- und innovationsbasierten Gründerszene sowie der klein- und mittelständischen Unternehmen unterstützt.**

**Dabei soll geklärt werden, ob die derzeitige Struktur in Verantwortlichkeit und Funktionalität für die Stadt und die Unternehmen, differenziert für Unternehmerinnen und Unternehmer, effizient gestaltet ist, ob Koordinierungs- und Schnittstellenprobleme bestehen und wie die Zusammenarbeit künftig effizienter für die Stadt organisiert werden könnte.**

**Die Neubesetzung der Geschäftsführung der TGZP GmbH ist mind. bis zum Vorliegen der Ergebnisse dieses Prüfauftrages und der daraus ggf. resultierenden Entscheidungen auszusetzen. Ab 01.01.2021 ist eine Interims-Besetzung für die Geschäftsführung der TGZP vorzusehen.**

**Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Dezember 2020 zu berichten.**

**Abstimmungsergebnis:**

mit 15 Ja-Stimmen angenommen,  
bei zwei Stimmenthaltungen.

**zu 4.2 Co-Leadship für Führungsstellen in der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 20/SVV/0439**

Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen

**zur Erledigung**

Dieser Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses **zurückgestellt**.

**zu 4.3 Vorschläge zur Besetzung des ehrenamtlichen Richteramts am Sozialgericht Potsdam und am Landessozialgericht Berlin-Brandenburg**

**Vorlage: 20/SVV/0492**

Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement

Frau Krusemark, Fachbereichsleiterin Recht und Vergabemanagement, erörtert anhand einer Powerpoint-Präsentation (der Niederschrift als Anlage beigefügt) die Mitwirkung der LHP bei der Besetzung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter durch Erstellung von Vorschlagslisten, das Verfahren in der LHP, die Verfahrensgrundsätze, das Bewerbungsverfahren 2020 unter Berücksichtigung des Hinweises vom Landessozialgericht (LSG) bezüglich der Vorerfahrung am Sozialgericht für den Einsatz am LSG sei wünschenswert, aber nicht zwingend, § 35 Abs. 1 SGG, die Bewerberlage und zeigt den Handlungsbedarf auf.

Frau Becker kritisiert namens ihrer Fraktion, dass eine paritätische Besetzung des ehrenamtlichen Richteramts am Landessozialgericht nicht gegeben sei. Auch Frau Armbruster bemängelt, dass es lediglich zwei Bewerber gebe und fragt, ob

erwogen wurde, neu auszuschreiben. Herr Wollenberg kritisiert die Intransparenz der Stellenausschreibung und fragt nach dem Verfahren generell. Frau Dr. Müller betont, dass die Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause im August erst darüber beschließen müsse und somit noch Zeit für weitere Ausschreibungen sei. Sie plädiert an die Hauptausschussmitglieder die verbleibende Zeit zu nutzen, um die „Werbetrommel zu rühren“.

Frau Krusemark erklärt anschließend erneut das Verfahren und schlägt vor, bis August sich zu verständigen, wie sie an andere Interessenten herantreten können.

**Antrag zur Geschäftsordnung:**

Herr Dr. Zöllner beantragt, die Vorlage **zurückzustellen**.

**Abstimmung:**

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

**einstimmig angenommen.**

**zu 4.4 Stadt der Kinder 29.06.20 bis 09.07.20 abgesagt**

**Vorlage: 20/SVV/0510**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE

**zur Erledigung**

Zu diesem Antrag empfiehlt der Jugendhilfeausschuss, dass sich dieser durch Verwaltungshandeln erledigt hat.

Frau Aibel, Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, führt zum Votum des Jugendhilfeausschusses aus, dass das Projekt aufgrund der unklaren Perspektive abgesagt wurde. Es gibt jetzt ein Alternativprojekt, das für 5 Wochen über den Sommer hin, unter dem Motto „Sommer zu Hause“ laufen soll.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, sich dem Votum des Jugendhilfeausschusses anzuschließen und den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt abzuschließen.

**Abstimmung:**

Der Antrag auf **Erledigung** der DS 20/SVV/0510 wird

**einstimmig angenommen.**

**zu 4.5 Ausschusszuständigkeitsordnung**

**Vorlage: 20/SVV/0514**

Fraktionen

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ausschusszuständigkeitsordnung als Anlage zur Geschäftsordnung (gemäß Anlage 1)

Herr Heuer bringt den Antrag ein und informiert über den Hinweis des Rechnungsprüfungsamtes, der wie folgt lautet:

Im § 5 Ziff.5 (Angelegenheiten des Hauptausschusses) ist aufzunehmen:

- Angelegenheiten nach Haushaltssatzung, insbesondere über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, bei Dringlichkeit auch ohne Vorberatung im Ausschuss für Finanzen

Herr Heuer plädiert für eine eventuelle Überweisung in die Fachausschüsse zur Beratung.

**Antrag zur Geschäftsordnung:**

Herr Dr. Scharfenberg beantragt, die **Überweisung** des Antrages in **alle Ausschüsse**.

**Abstimmung:**

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

**einstimmig angenommen.**

**zu 5            Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1        Plakatierung im Vorfeld von Wahlen begrenzen**

**Vorlage: 20/SVV/0562**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Ihr fehle der Hinweis an die Parteien zum künftigen Umgang bei der Plakatierung im Vorfeld von Wahlen, so Frau Dr. Müller. Die Mitteilungsvorlage enthalte viel Informatives, gehe aber mit dem Problem nicht flexibel genug um. Es sollte gemeinsam ein Weg gesucht werden, wie die Reduzierung der Plakatierung erfolgen könne. Frau Becker ergänzt, dass es Teil der Toleranz sei und die Plakatierung der Mobilisierung der Menschen diene.

Der Oberbürgermeister ist erfreut über das positive Feedback zum Informationsgehalt dieser Mitteilungsvorlage, denn das sei das Ziel gewesen.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

**zu 5.2        2. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz**

**Vorlage: 20/SVV/0620**

Oberbürgermeister, Planungsbüro

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, erklärt die Informationsform, den Aufbau der Statusberichte, die Themen der Berichterstattung und dass die Maßnahmen diesen Zielen zugeordnet werden. Geplant seien einfache Informationen im Ampelsystem. Herr Kümmel geht anhand einer Powerpoint-Präsentation (der Niederschrift als Anlage beigefügt) auf die wesentlichen Kernpunkte, wie die Verkehrserschließung Nord,

Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligung, Bauleitplanung und Städtebau sowie der Bereitstellung neuen Wohnraums und Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ein.

Herr Nicke, Geschäftsführer Pro Potsdam GmbH, geht auf das Siedlungskonzept als kurze Zusammenfassung ein und weist auf die ausführliche Erläuterung in der Anlage der Mitteilungsvorlage hin. Er weist auf die Entwicklungsschritte bis 2024 und die sich daran anschließenden Stufen bis zur endgültigen Realisierung 2038 hin.

Im Weiteren erklärt Herr Kümmel anhand der Anlage 3 der Präsentation die Vermarktungsstrategie und nennt die vier Eckpfeiler. Er bietet an, die Fachfragen der Hauptausschussmitglieder in der fraktionell übergreifenden Arbeitsgruppe zu beantworten.

In der sich anschließenden Diskussion beantworten Herr Kümmel und Herr Rubelt die Fragen der Hauptausschussmitglieder, wie zum Kiezschwimmbad, der Verkehrswirkungsanalyse, Bauen im Landschaftsschutzgebiet, der Mietobergrenze von 8,50 €, der CO2-Neutralität und zur Energieversorgung sowie zur möglichen Verlängerung der Auslegungsfrist des Bebauungsplan Nr. 141-3 „Entwicklungsbereich Krampnitz - Klinkerhöfe Nord“ (derzeit vom 8. Juni 2020 bis einschließlich 17. Juli 2020).

Herr Kümmel weist u.a. darauf hin, dass es sich um die wohnungspolitische Vermarktungsstrategie handele und die Verlängerung der o.g. Auslegungsfrist geprüft werden müsse. Frau Dr. Klockow hakt nach und schlägt vor, da im Forum Krampnitz bisher nur ein Zwischenbericht gegeben wurde, die Verkehrswirkungsanalyse im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes zu behandeln. Im Übrigen wäre die Verlängerung der Frist für die B-Blan-Auslegung ein positives Zeichen, nachdem Corona-bedingt viele Informationsveranstaltungen abgesagt werden mussten. Herr Walter, als Ausschussvorsitzender, nimmt den Vorschlag zur Beratung im Ausschuss auf.

Der Oberbürgermeister betont, dass das Tempo der Besiedelung von Krampnitz an die verkehrlichen Gegebenheiten anzupassen sei.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

### **zu 5.3 Status UNESCO Creative City of Film**

**Vorlage: 20/SVV/0621**

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

Frau Armbruster fragt zur Gestaltungsplanung des „Boulevards des Films“ in der Brandenburger Straße, wann diese vorgestellt werde, im Weiteren, wo das Schaudapot entstehen werde und evtl. eine Verschiebung wegen der Corona-Pandemie erfolge. Dazu informiert Frau Dr. Sommer, Bereichsleiterin Marketing, dass am 11.08.2020 im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes das Konzept ausführlich vorgestellt und das Schaudapot zwischen dem Filmpark Babelsberg und der Filmuniversität realisiert werden soll.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

**zu 5.4 Evaluation des Konzeptes "Stadtteilkonferenzen / Stadtteilwanderungen und Bürgersprechstunden"**

**Vorlage: 20/SVV/0622**

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Dr. Scharfenberg vermisse im Bericht die Ergebnisse der Stadtteilwanderungen, insbesondere was bewege die Menschen in der Stadt. Er habe die Sorge, dass was inhaltlich erreicht werden soll, nicht wiedergegeben werde. Er bittet dazu um Informationen im nächsten Bericht. Der Oberbürgermeister verweist auf die Vielschichtigkeit der Auswertung der Stadtteilwanderungen und dass dieses eine enorme Fleißarbeit bedeute. Herr Pfrogner schließt sich dem Oberbürgermeister an und betont, dass das Zusammenfassen, die Quintessenz festzuhalten, genau die Schwierigkeit sei, dafür habe er Verständnis.

Der Oberbürgermeister verweist auf das Jahr des Testens und Übens; er nehme die Hinweise mit.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

**zu 6 Sonstiges**

**neu Sachstand Tag der Deutschen Einheit 2020**

Herr Braune, Leiter Landesmarketing, informiert anhand einer Powerpoint-Präsentation (der Niederschrift als Anlage beigefügt), über den Sachstand der Planungen zum Tag der Deutschen Einheit 2020.

Der Oberbürgermeister betont, dass er dankbar sei, dass das Team um Herrn Braune und in der Stadtverwaltung um Frau Dr. Sommer sich weiterhin Gedanken gemacht hat, welche Alternativen zur ursprünglichen Planung man bieten könne. Herr Heuer sei sich sicher, dass die Landeshauptstadt Potsdam ein guter Gastgeber sein werde. Jedoch treten sie leider in Konkurrenz mit anderen Veranstaltungen, wie die Integrationspreisverleihung und die Interkulturelle Woche am Alten Markt. Herr Schulz, Fachbereichsleiter Kommunikation und Partizipation, informiert über die Alternative für den Standort Alter Markt; die Interkulturelle Woche werde im Filmmuseum eröffnen.

Frau Armbruster lobt das Konzept, es sei eine großartige Leistung gerade in der „Corona-Krise“ und beinhalte viele kreative Ideen. Da die Zielgruppe nicht nur die Potsdamer BürgerInnen seien, ist die Frage, wie Besucherströme verhindert werden können. Herr Braune weist auf die modulartige Werbung hin, die aktiver oder passiver erfolgen werde. Sie haben sich bewusst für den Monat September als tourismusstärkeren Monat entschieden. Er sehe lediglich den 3. Oktober 2020 als problematischen Tag aber da haben sie die Erfahrung von 28 Tagen, zudem werde das Hygienekonzept erarbeitet, für das sie noch 70 Tage Zeit haben.

Das Hygienekonzept sei ein Muss, so der Oberbürgermeister. Potsdam habe überdies etwas Besseres anzubieten als „Buden“. Er sei überzeugt, wenn die Plätze bespielt werden, dass sich die Potsdamer Gastronomen ein besonderes Angebot einfallen lassen werden. Abschließend bedankt er sich bei Herrn Braune für seine Ausführungen.

**neu Sachstand zur Garnisonkirche**

Der Oberbürgermeister informiert über den bestehenden Schriftwechsel mit dem New Yorker Star-Architekten Daniel Libeskind und der daraus folgenden Einladung zu einem Gespräch nach Potsdam unter dem Motto „Brüche deutlich machen – Brücken bauen“. Der Weg zu einer gemeinsamen Lösung sei ein wichtiges Zeichen und werde auch von Seiten der Stiftung Garnisonkirche mitgetragen. Das Signal, dass namhafte Architekten Interesse an der Gestaltung bekunden, sei äußerst positiv.

Herr Pfrogner äußert sich kritisch über diese Information und plädiert an den Oberbürgermeister, sich von der Architektenkammer beraten zu lassen. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er es nicht verwehren werde, wenn er von Leuten angesprochen werde. Das verabredete Verfahren werde weitergehen.

**neu Sachstand zum Karstadt und wie weiter in der Innenstadt**

Der Oberbürgermeister informiert über die bereits geführten Gespräche zur Rettung des Karstadt in der Brandenburger Straße. Er führt aus, dass es für die Hausleitung nicht absehbar war, dass trotz langfristiger Mietbindung und steigender Umsatzzahlen die Entscheidung, Karstadt in Potsdam zu schließen, getroffen wird. Die ökonomischen Rahmendaten für diesen Standort bergen Potential. Ein erster Schritt sei, gemeinsam dafür einzutreten, dass die Schließung verhindert werde. Zukünftig werden sie breiter denken müssen und brauchen eine Lösung mit dem Stadtpalais-Vermieter, dem Grundstückeigentümer und Investor. Wenn alle Lösungswege nicht funktionieren, werden sie sich eine Ankerfunktion überlegen müssen. Herr Friederich betont, dass man hier das Zusammenspiel erkennen müsse und spricht dem Oberbürgermeister seinen Dank für dessen Initiative aus. Herr Pfrogner begrüßt den Einsatz der Kommune aber die Frage zum Bestand eines Warenhauses müsse gestellt werden. Herr Dr. Niekisch (im Wechsel mit Frau Lüdcke) fragt, ob die Mietzahlungen zu hoch seien und nach dem Stand der Verhandlungen mit dem Fondmanager. Dies könne nicht im öffentlichen Teil diskutiert werden, so der Oberbürgermeister. An Herrn Pfrogner gerichtet weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass der Markt nicht größer aber sich anders aufteilen werde.

**neu Thema Sachprämie**

Auf Bitte von Herrn Friederich namens der CDU wird der TOP Sonstiges um das Thema Sachprämie erweitert. Der Oberbürgermeister informiert über die Verzichtserklärung der Personalratsvertreter auf eine Sachprämie und den Wunsch, über das Land diese Prämien zu erhalten.

**neu Änderung der Organisationsstruktur im Geschäftsbereich 4**

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, informiert anhand einer Powerpoint-Präsentation (der Niederschrift als Anlage beigefügt) die geplante Veränderung der Organisationsstruktur im Geschäftsbereich 4 sowie den Zeitplan. Anschließend antwortet er auf die Frage von Herrn Pfrogner, wozu die Einführungsworkshops dienen, dass es sich dabei um moderierte Workshops handele in denen über die Zusammenstellung der neuen Geschäftsbereiche gesprochen werde.

Der Oberbürgermeister kritisiert die ständigen Auswechslungen der Hauptausschussmitglieder zu bestimmten Themen in der heutigen Sitzung und betont, dass dieses die Geschäftsordnung nicht hergebe und somit zu unterlassen sei.